

Offener Brief zum Gesetzesentwurf zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat Eckpunkte zur Instrumentenreform des Sozialgesetzbuch (SGB) II und SGB III sowie einen zugehörigen Gesetzesentwurf zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ vorgelegt, der zum 1. April 2012 in Kraft treten soll.

Wir begrüßen eine Reform, die die Dezentralität der Jobcenter vor Ort stärkt, sowie die Individualität und Qualität stärker in den Fokus nimmt.

Sozialpolitisch problematisch ist am vorgelegten Gesetzesentwurf, dass:

- der Grundsatz des Förderns und Forderns im SGB II zur Disposition steht, nach der Instrumentenreform bleibt nur das Fordern ohne passgenaue Maßnahmen zum Fördern
- Langzeitarbeitslose/ arbeitsmarktferne Frauen und Männer vom Arbeitsmarkt abgekoppelt werden, denn nach der Instrumentenreform stehen keine niedrighschwelligen Angebote mehr zur Verfügung, um Langzeitarbeitslose an den Arbeitsmarkt heranzuführen
- die Instrumentenreform die Zielsetzung des SGB II unterläuft, **alle** erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen
- die Instrumentenreform die bereits auf hohem Niveau bestehende Sockelarbeitslosigkeit in Deutschland weiter steigen lässt, denn die Mehrheit der Langzeitarbeitslosen wird ohne individuelle Arbeitsförderungsmaßnahmen nicht am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren können
- arbeitsmarktferne erwerbsfähige Leistungsempfänger zur staatlichen Alimentierung herabgestuft werden und durch diese Instrumentenreform auch dauerhaft alimentiert bleiben
- die Ausweitung von Gutscheinen statt Zuweisungen nur Mittel einspart, Langzeitarbeitslose benötigen individuelle persönliche Beratungsgespräche, die Erarbeitung von Angebotsvergleichen überfordert häufig
- die öffentlich geförderte Beschäftigung abgeschafft wird, wenn als eigenständiges Förderkriterium neben der Zusätzlichkeit und dem öffentlichen Interesse noch die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitsgelegenheiten eingeführt würde, denn in einer freien Marktwirtschaft kann jeder die Nischen besetzen, die bislang Arbeitsgelegenheiten bildeten
- der bisherige Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II einerseits auch künftig anteilig vom Arbeitgeber selbst aufgebracht werden soll, die Stelle aber gleichzeitig wettbewerbsneutral sein muss, also nicht auf dem freien Markt erwirtschaftet werden kann
- qualitativ hochwertige und arbeitsmarktnahe Arbeitsgelegenheiten, mit hoher gesellschaftlicher Relevanz in der Stadtgesellschaft, nicht mit einer Trägerpauschale von 150,- € aufrecht zu erhalten sind, besonders nicht in der Stadt Frankfurt am Main

Daher fordern wir, dass:

- die individuellen Bedarfe von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern hinsichtlich der Dauer, Qualität und Intensität von Arbeitsförderungsmaßnahmen berücksichtigt werden
- ein eigenständiges SGB II eingeführt wird, das sich an Integrationskonzepten für Langzeitarbeitslose mit komplexen Profillagen orientiert und dabei Evaluationen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und anderer Institute beachtet
- hinsichtlich der Fachkräfteverknappung und der demographischen Entwicklung weiter das gesamte Potential der erwerbsfähigen Hilfeempfänger berücksichtigt wird

Aus sozialpolitischem Interesse muss die Reform in der vorgelegten Fassung abgelehnt werden.

Frankfurt am Main, 19.05.2011



STADT FRANKFURT AM MAIN

Daniela Birkenfeld

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
Stadträtin



Internationaler Bund, Ursula Wenzel

GFFB gGmbH, Barbara Wagner

WERKSTATT FRANKFURT

